

## BFH-Leitsatz-Entscheidungen

### Heute neu:

- [Betriebsvermögen: Teilwertabschreibung auf Investmentanteile im Anlagevermögen bei voraussichtlich dauernder Wertminderung](#)  
Urteil vom 1.09.2011, Az: I R 7/11
- [Betriebsvermögen: Teilwertabschreibung auf börsennotierte Aktien im Anlagevermögen bei voraussichtlich dauernder Wertminderung](#)  
Urteil vom 21.09.2011, Az: I R 89/10
- [Gründerwerbsteuer: Gründerwerbsteuerbarer Erwerb eines Gesellschaftsanteils an Grundstücks-GbR](#)  
Urteil vom 23.11.2011, Az: II R 64/09
- [Investitionszulage: Investitionszulage für vor dem 21. Dezember 2000 durch Einreichung des Bauantrags begonnene Investitionen](#)  
Urteil vom 27.10.2011, Az: III R 6/09
- [Deutsch-jugoslawisches Sozialversicherungsabkommen: Zum Erhalt von Arbeitslosengeld i.S. des Art. 28 Abs. 1 Satz 2 SozSichAbk YUG](#)  
Urteil vom 27.10.2011, Az: III R 14/08
- [Kindergeld: Zeitlicher Regelungsumfang eines Ablehnungsbescheides](#)  
Urteil vom 04.08.2011, Az: III R 71/10
- [Streitwert: Streitwert für Klage wegen dem Fünftelsteuersatz unterliegenden Gewinns](#)  
Beschluss vom 17.11.2011, Az: IV S 15/10
- [Umsatzsteuer: Steuerfreier Behindertenfahrdienst](#)  
Urteil vom 15.09.2011, Az: V R 16/11
- [Umsatzsteuer: Umsatzsteuer aufgrund einer unternehmerischen Tätigkeit des Insolvenzschuldners und Eröffnung des Insolvenzverfahrens](#)  
Urteil vom 08.09.2011, Az: V R 38/10
- [Umsatzsteuer: Zubereitung von Speisen im Altenwohn- und Pflegeheim](#)  
Urteil vom 12.10.2011, Az: V R 66/09
- [Lohnsteuer: Keine Anwendung der 1 %-Regelung bei Fahrten zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte](#)  
Urteil vom 06.10.2011, Az: VI R 56/10
- [Einkommensteuer: Zufluss von Zinsen auf einem Sperrkonto](#)  
Urteil vom 28.09.2011, Az: VIII R 10/08
- [Einkommensteuer: Einkommensteuer-Vorauszahlungen](#)  
Urteil vom 22.11.2011, Az: VIII R 11/09
- [Bilanz: Bemessung des Veräußerungsgewinns aus der Einbringung einer freiberuflichen Einzelpraxis in eine Personengesellschaft](#)  
Urteil vom 12.10.2011, Az: VIII R 12/08
- [Personengesellschaft: Gewinnzurechnung bei ausgeschiedenem Gesellschafter](#)  
Urteil vom 15.11.2011, Az: VIII R 12/09
- [Einkommensteuer: Schulgeld für nicht anerkannte Ergänzungsschulen vor](#)

**Urteile und Beschlüsse:**

**Betriebsvermögen: Teilwertabschreibung auf Investmentanteile im Anlagevermögen bei voraussichtlich dauernder Wertminderung**

Urteil vom 1.09.2011, Az: I R 7/11

EStG 1997 i.d.F. des StEntlG 1999/2000/2002 § 6 Abs. 1 Nr. 2 Satz 2

Ob Investmentanteile aufgrund einer voraussichtlich dauernden Minderung ihres Werts nach § 6 Abs. 1 Nr. 2 Satz 2 EStG 1997 i.d.F. des StEntlG 1999/2000/2002 auf den niedrigeren Teilwert abgeschrieben werden können, ist bei der gebotenen typisierenden Gesetzesauslegung nach den für börsennotierte Aktien geltenden Grundsätzen zu entscheiden, wenn das Vermögen des Investmentfonds überwiegend in an Börsen gehandelten Aktien angelegt ist.

**Betriebsvermögen: Teilwertabschreibung auf börsennotierte Aktien im Anlagevermögen bei voraussichtlich dauernder Wertminderung**

Urteil vom 21.09.2011, Az: I R 89/10

HGB § 253, EStG 1997 i.d.F. des StEntlG 1999/2000/2002 § 6 Abs. 1 Nr. 2 Satz 2

Von einer voraussichtlich dauernden Wertminderung gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 2 Satz 2 EStG 1997 i.d.F. des StEntlG 1999/2000/ 2002 ist bei börsennotierten Aktien grundsätzlich dann auszugehen, wenn der Börsenwert zum Bilanzstichtag unter denjenigen im Zeitpunkt des Aktienerwerbs gesunken ist und der Kursverlust die Bagatellgrenze von 5 % der Notierung bei Erwerb überschreitet. Auf die Kursentwicklung nach dem Bilanzstichtag kommt es hierbei nicht an (Bestätigung und Präzisierung der Rechtsprechung).

**Grunderwerbsteuer: Grunderwerbsteuerbarer Erwerb eines Gesellschaftsanteils an Grundstücks-GbR**

Urteil vom 23.11.2011, Az: II R 64/09

BGB § 311b, GrEStG § 1 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2, AO § 42

Die Übertragung eines Anteils an einer Grundstücks-GbR, der mit einer besonderen Berechtigung an einer der Gesellschaft gehörenden Wohnungseinheit verbunden sein soll, unterliegt der Grunderwerbsteuer nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 GrEStG

auf Übereignung einer bestimmten Wohnungseinheit gerichteten Vereinbarungen mangels notarieller Beurkundung nichtig sind.

**Investitionszulage: Investitionszulage für vor dem 21. Dezember 2000 durch Einreichung des Bauantrags begonnene Investitionen**

Urteil vom 27.10.2011, Az: III R 6/09

EStG § 7i, InvZulG 1999 § 3 Abs. 1 Satz 2

1. Die durch das InvZulÄndG vom 20. Dezember 2000 in § 3 Abs. 1 Satz 2 InvZulG 1999 eingefügte Regelung, wonach Investitionszulage für nachträgliche Herstellungsarbeiten an Gebäuden nur zu gewähren ist, wenn im Veräußerungsfall auch der Erwerber für die Herstellungsarbeiten keine erhöhten Absetzungen in Anspruch nimmt, gilt nicht, wenn die Investition bereits vor der endgültigen Beschlussfassung über das InvZulÄndG (20. Dezember 2000) durch Einreichung eines Bauantrags für das genehmigungspflichtige Vorhaben ins Werk gesetzt wurde.

2. Hat der Investor den notariellen Vertrag über den Erwerb des zu sanierenden Objekts vor dem 21. Dezember 2000 geschlossen, greift die rückwirkende Ausdehnung des Kumulationsverbots in § 3 Abs. 1 Satz 2 InvZulG 1999 auch dann nicht ein, wenn der Investor den Bauantrag zwar nicht selbst gestellt hat, jedoch seinem Rechtsvorgänger bereits eine Baugenehmigung für dieselbe Investition erteilt worden war.

**Deutsch-jugoslawisches Sozialversicherungsabkommen: Zum Erhalt von Arbeitslosengeld i.S. des Art. 28 Abs. 1 Satz 2 SozSichAbk YUG**

Urteil vom 27.10.2011, Az: III R 14/08

SGB V § 5 Abs. 1 Nr. 2, AFG § 119, SGB III § 144 Abs. 1, Abs. 3, WÜRV Art. 31 Abs. 1, WÜRV Art. 33 Abs. 1, Abs. 3, SozSichAbk YUG Art. 28 Abs. 1, EStG § 62 Abs. 2

Während der Dauer einer Sperrzeit nach § 144 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 SGB III erhält der Arbeitslose mangels tatsächlichen Leistungsbezugs kein Arbeitslosengeld i.S. des Art. 28 Abs. 1 Satz 2 SozSichAbk YUG.

**Kindergeld: Zeitlicher Regelungsumfang eines Ablehnungsbescheides**

Urteil vom 04.08.2011, Az: III R 71/10

EStG § 66 Abs. 2, EStG § 67

Die Bindungswirkung eines bestandskräftigen, die Gewährung von Kindergeld ablehnenden Bescheides verlängert sich bis zum Ende des Monats der Bekanntgabe der Einspruchsentscheidung, wenn (auch) der Einspruch keine Einschränkung des zeitlichen Regelungsbereiches enthält und durch die Familienkasse als unbegründet zurückgewiesen wird.

### **Streitwert: Streitwert für Klage wegen dem Fünftelsteuersatz unterliegenden Gewinns**

Beschluss vom 17.11.2011, Az: IV S 15/10

EStG § 34 Abs. 1, FGO § 69 Abs. 3, GKG § 52 Abs. 1, GKG § 63 Abs. 2 Satz 2

1. Der Streitwert für ein Verfahren, in dem um die Qualifikation gesondert und einheitlich festgestellter Gewinne als der Fünftel-Regelung unterliegende außerordentliche Einkünfte i.S. des § 34 Abs. 2 Nr. 1 EStG gestritten wird, ist pauschal mit 10 % des streitigen Gewinns zu bemessen, wenn nicht Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die betroffenen Mitunternehmer zu einem Großteil die Tarifvergünstigung nach § 34 Abs. 3 EStG beanspruchen können.

2. Unter den Senaten des BFH gibt es keine Mehrheit für eine Anhebung des Streitwerts von Verfahren wegen AdV. Der Streitwert solcher Verfahren wird auch künftig mit 10 % des Streitwerts in der Hauptsache bemessen.

### **Umsatzsteuer: Steuerfreier Behindertenfahrdienst**

Urteil vom 15.09.2011, Az: V R 16/11

AO § 66, UStG 1993/1999 § 4 Nr. 18, UStG 1993/1999 § 12 Abs. 2 Nr. 10

1. Die Leistungen eines Mitglieds eines Wohlfahrtsverbandes kommen dem begünstigten Personenkreis auch dann unmittelbar i.S. von § 4 Nr. 18 Buchst. b UStG zugute, wenn es Fahrdienstleistungen ohne Zwischenschaltung Dritter an Menschen mit Behinderung erbringt und dabei aufgrund eines mit einer anderen Person abgeschlossenen Vertrages tätig wird.

2. Für die Steuerfreiheit nach § 4 Nr. 18 UStG kommt es nicht auf die Zweckbetriebsvoraussetzungen des § 66 AO an.

### **Umsatzsteuer: Umsatzsteuer aufgrund einer unternehmerischen Tätigkeit des Insolvenzschuldners und Eröffnung des Insolvenzverfahrens**

Urteil vom 09.09.2011, Az: V R 28/10

FGO § 60, FGO § 123, InsO § 35, InsO § 55, InsO § 148 ff.

Nutzt der Insolvenzschuldner unberechtigt einen zur Masse gehörenden Gegenstand für seine nach Insolvenzeröffnung aufgenommene Erwerbstätigkeit, ist die durch sonstige Leistungen des Insolvenzschuldners begründete Umsatzsteuer jedenfalls dann keine Masseverbindlichkeit, wenn die Umsätze im Wesentlichen auf dem Einsatz seiner persönlichen Arbeitskraft und nicht im Wesentlichen auf der Nutzung des Massegegenstandes beruht.

### **Umsatzsteuer: Zubereitung von Speisen im Altenwohn- und Pflegeheim**

Urteil vom 12.10.2011, Az: V R 66/09

UStG 1999 § 3 Abs. 1 und 9, Richtlinie 77/388/EWG Art. 5 und 6, UStG 1999 § 12 Abs. 2 Nr. 1

Die in einer Großküche eines Altenwohn- und Pflegeheims zur Verpflegung der Bewohner zubereiteten Speisen sind keine "Standardspeisen" als Ergebnis einfacher und standardisierter Zubereitungsvorgänge nach Art eines Imbissstandes, so dass deren Abgabe zu festen Zeitpunkten in Warmhaltebehältern keine Lieferung, sondern eine dem Regelsteuersatz unterliegende sonstige Leistung ist.

### **Lohnsteuer: Keine Anwendung der 1 %-Regelung bei Fahrten zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte**

Urteil vom 06.10.2011, Az: VI R 56/10

EStG § 8 Abs. 2 Satz 2 und Satz 3, § 6 Abs. 1 Nr. 4 Satz 2, § 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, § 8 Abs. 2 Satz 1

1. Die Anwendung der 1 %-Regelung setzt voraus, dass der Arbeitgeber seinem Arbeitnehmer tatsächlich einen Dienstwagen zur privaten Nutzung überlassen hat (Anschluss an Senatsurteil vom 21. April 2010 VI R 46/08, BFHE 229, 228, BStBl II 2010, 848). Denn der Ansatz eines lohnsteuerrechtlich erheblichen Vorteils rechtfertigt sich nur insoweit, als der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer gestattet, den Dienstwagen privat zu nutzen.

2. Allein die Gestattung der Nutzung eines betrieblichen Fahrzeugs für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte begründet noch keine Überlassung zur privaten Nutzung i.S. des § 8 Abs. 2 Satz 2 EStG.

### **Einkommensteuer: Zufluss von Zinsen auf einem Sperrkonto**

Urteil vom 28.09.2011, Az: VIII R 10/08

EStG § 2 Abs. 1 Satz 1, EStG § 11 Abs. 1 Satz 1

Betreibt ein Steuerpflichtiger aus einem Urteil die Zwangsvollstreckung gegen Erbringung einer selbstschuldnerischen Bankbürgschaft und vereinbart er mit der Bank als Sicherheit für die Bürgschaft die Hinterlegung des erstrittenen Geldbetrags auf einem verzinslichen Sperrkonto, so fließen ihm die Zinsen im Zeitpunkt der jeweiligen Gutschrift auf dem Sperrkonto zu.

### **Einkommensteuer: Einkommensteuer-Vorauszahlungen**

Urteil vom 22.11.2011, Az: VIII R 11/09

FGO § 100 Abs. 1 Satz 4, AO § 124 Abs. 2, EStG § 37 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 Sätze 2 und 3

1. Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer sind grundsätzlich in vier gleich großen Teilbeträgen zu leisten. Eine Ausnahme hiervon kommt insbesondere nicht in Betracht, soweit der Steuerpflichtige geltend macht, der Gewinn des laufenden Veranlagungszeitraums entstehe nicht gleichmäßig.

2. Das geltende Vorauszahlungssystem ist verfassungsgemäß.

### **Bilanz: Bemessung des Veräußerungsgewinns aus der Einbringung einer freiberuflichen Einzelpraxis in eine Personengesellschaft**

Urteil vom 12.10.2011, Az: VIII R 12/08

UmwStG § 24 Abs. 3, EStG § 16, AO § 175 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2

1. Wird die Einzelpraxis eines Arztes in eine GbR eingebracht und werden deren Wirtschaftsgüter erst in einem späteren Veranlagungszeitraum als dem der Einbringung in der Eröffnungsbilanz der GbR erfasst, stellt die Erstellung und Einreichung der Eröffnungsbilanz ein Ereignis mit steuerlicher Wirkung für die Vergangenheit i.S. des § 175 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 AO für die Bemessung des Einbringungsgewinns dar.

2. Der Wert, mit dem das eingebrachte Betriebsvermögen in der Bilanz der GbR einschließlich der Ergänzungsbilanzen angesetzt wird, gilt gemäß § 24 Abs. 3 Satz 1 UmwStG --zwingend-- als Veräußerungspreis des Einbringenden. Das Wahlrecht i.S. des § 24 Abs. 3 Satz 1 UmwStG wird ausschließlich durch die aufnehmende Personengesellschaft ausgeübt.

3. Ein Veto- oder Mitspracherecht des Einbringenden besteht nicht (Anschluss an BFH-Urteil vom 25. April 2006 VIII R 52/04, BFHE 214, 40, BStBl II 2006, 847, m.w.N.). Eventuelle Abweichungen von einer vorherigen einvernehmlichen Festlegung der Bilanzansätze zwischen dem Einbringenden und der aufnehmenden Gesellschaft sind damit steuerrechtlich ohne Bedeutung (Anschluss an BFH-Urteil vom 26. Januar 1994 III R 39/91, BFHE 173, 338, BStBl II 1994, 458).

### **Personengesellschaft: Gewinnzurechnung bei ausgeschiedenem Gesellschafter**

Urteil vom 15.11.2011, Az: VIII R 12/09

AO § 165 Abs. 2 Satz 1, EStG § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, EStG § 4 Abs. 3, EStG § 11 Abs. 1, EStG § 18 Abs. 1

1. Dem aus einer freiberuflich tätigen Personengesellschaft ausgeschiedenen Gesellschafter ist der gemeinschaftlich erzielte laufende Gewinn auch dann anteilig persönlich zuzurechnen, wenn die verbleibenden Gesellschafter die Auszahlung verweigern, weil der ausgeschiedene Gesellschafter ihnen Schadenersatz in übersteigender Höhe schulde.

2. Etwas anderes gilt auch dann nicht, wenn der Anspruch des ausgeschiedenen Gesellschafters nach der Rechtsprechung des BGH der sog. Durchsetzungssperre unterliegt und deshalb nicht mehr isoliert, sondern nur noch als Abrechnungspos-ten im Rahmen des Rechtsstreits um den Auseinandersetzungsanspruch geltend gemacht werden kann.

### **Einkommensteuer: Schulgeld für nicht anerkannte Ergänzungsschulen vor 2008 nicht als Sonderausgabe abziehbar**

Urteil vom 19.10.2011, Az: X R 48/09

GG Art. 3 Abs. 1, GG Art. 7 Abs. 4, EStG i.d.F. des JStG 2009 § 52 Abs. 24b, EStG i.d.F. vor dem JStG 2009 § 10 Abs. 1 Nr. 9

1. Schulgeld, das bis zum Veranlagungszeitraum 2007 an eine inländische lediglich angezeigte Ergänzungsschule gezahlt wurde, kann nicht nach § 10 Abs. 1 Nr. 9 EStG i.d.F. vor Inkrafttreten des JStG 2009 als Sonderausgabe abgezogen werden.

2. Die Übergangsregelung des § 52 Abs. 24b EStG i.d.F. des JStG 2009 erfasst keine Schulgeldzahlungen an inländische Privatschulen. Hierin liegt weder ein Verstoß gegen den verfassungsrechtlichen Gleichheitssatz noch gegen die Grundfreiheiten des EG/AEUV.

